



Resolution „Abschiebestopp nach Afghanistan“

Antrag zur sofortigen Beschlussfassung

Der Rat der Stadt Münster fordert den Oberbürgermeister auf, sich in den Gremien des Deutschen Städtetags dafür einzusetzen, seinen Einfluss in Bund und Land dazu zu nutzen, Abschiebungen nach Afghanistan zu verhindern.

Begründung:

In Afghanistan gibt es derzeit keine sicheren Regionen. Bei Kämpfen und Anschlägen gab es im vergangenen Jahr so viele zivile Opfer wie noch nie. Für rückgeführte Geflüchtete ist es erst recht nicht sicher. Der UNHCR-Bericht für 2016 stellt fest, dass das gesamte Staatsgebiet Afghanistans von einem innerstaatlichen bewaffneten Konflikt im Sinne des europäischen Flüchtlingsrechts betroffen ist. Zwischen sicheren und unsicheren Regionen könne man aufgrund der sich ständig ändernden Sicherheitslage in dem Bürgerkriegsland nicht unterscheiden. Der UNHCR lehnt daher Abschiebungen ab. Dieser Auffassung schließt sich der Rat der Stadt Münster mit dieser Resolution an.

Eine Abschiebung von Geflüchteten nach Afghanistan entspricht in keiner Weise den humanitären Werten der Stadt Münster.

gez.

Dr. Michael Jung
und Fraktion

Rüdiger Sagel
und Fraktion

Franz Pohlmann
und Ratsgruppe

SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Münster

Bahnhofstraße 9
48143 Münster
Tel. (0251) 45 314

DIE LINKE.

DIE LINKE. Ratsfraktion
Münster

Achtermannstraße 19
48143 Münster
Tel. (0251) 9 81 60 51



Piraten/ÖDP im Rat der Stadt
Münster

Tel. (0251) 76 02 67 43

20.09.2017

